



Ein Blick auf den Koalitionsvertrag aus Sicht der Berufsbildung – gute Grundlagen, aber in Vielem unverbindlich

Der zwischen CDU, CSU und SPD für die 18. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages abgeschlossene Koalitionsvertrag „Deutschlands Zukunft gestalten“ ist zwar kein Gesetz, aber wie ein jeder Koalitionsvertrag eine wichtige Absichtserklärung für die politischen Vorhaben in der anstehenden Legislatur.

Der Vertrag würdigt die Leistung der beruflichen Bildung in Deutschland; die Partner erklären, einen Schwerpunkt auf die **Stärkung der beruflichen Bildung** legen zu wollen (S. 31) und kündigen u.a. den Aufbau eines **Beratungsnetzwerks** an: „Wir wollen alle jungen Menschen erreichen. Die Beratung setzt präventiv an, orientiert sich an der individuellen Bildungsbiographie und bricht auch geschlechtsspezifische Muster auf. Schülerinnen und Schüler, Auszubildende, Studierende sowie Weiterbildungsinteressierte sollen systematisch beraten werden, damit ihnen verschiedene Bildungspfade eröffnet werden. Wir werden dafür ein lokal verankertes Netzwerk von Beratungs- und Informationsangeboten auf den Weg bringen.“ (S. 31)

Ferner will man gemeinsam mit den Ländern die bisherige Initiative „**Bildungsketten**“ ausbauen.

Der geplante Ausbau der **Berufseinstiegsbegleitung** kann ebenso wie die flächendeckend einzurichtenden **Jugendberufsagenturen** (S. 66) die erheblichen Probleme im Übergang Schule – Beruf mindern und die von den Gewerkschaften geforderte **assistierte Ausbildung** kann die betriebliche Ausbildung stützen. Positiv ist ferner zu würdigen, dass die Koalitionspartner die **Ausbildungsqualität** in den Blick nehmen und **Ausbildungsabbrüchen vorbeugen** möchten. **Inklusion** in der Berufsausbildung sei den Koalitionären ein besonderes Anliegen. Die **duale Ausbildung** soll **gestärkt** werden: „Wir werden das Berufsbildungsgesetz evaluieren und Anpassungen prüfen, insbesondere im Hinblick auf die Erhöhung der Durchlässigkeit, die Stärkung der Ausbildungsqualität und gestufter Ausbildungen, die Bildung von Berufsfamilien und die Sicherung des Ehrenamts in den Prüfungsgremien.“ (S. 31) Ferner bekräftigen die Koalitionspartner den Wert des Konsensprinzips von Sozialpartnern und öffentlicher Hand in der Berufsordnungsarbeit.

Die Koalition aus Union und SPD will den bisherigen „Ausbildungspakt“ mit den Sozialpartnern und den Ländern zu einer „Allianz für Aus- und Weiterbildung“ aufwerten. „Ziel der Allianz ist die Umsetzung der Ausbildungsgarantie in Deutschland. Kein junger Mensch darf zurückbleiben oder wertvolle Lebenszeit in Warteschleifen verlieren.“ (S. 31) Dies ist sicher als gute Grundlage für erste Gespräche zu bewerten, die **Ausbildungsgarantie** jedoch stellen die Koalitionäre in die Verantwortung der sogenannten Allianz, nötig aber ist eine mit einem Rechtsanspruch verbundene Garantie!

Darüber hinaus möchte die Koalition das Gesetz zur **Anerkennung** im Ausland erworbener **Berufsqualifikationen** reformieren, notwendige Qualifizierungsmaßnahmen finanziell unterstützen und die Beratungsstrukturen sowohl im In- als auch im Ausland verbessern. Ferner sollen neue zu Transparenz und Anerkennung führende Verfahren für die Anerkennung informell erworbener Kompetenzen entwickelt werden.

Hinsichtlich der internationalen Bildungskooperationen möchte man „die Europäische Ausbildungsallianz der EU-Mitgliedsstaaten durch Beratung und Leuchtturmprojekte“ (S. 32) unterstützen und den Anteil der Jugendlichen verdoppeln, die einen Auslandsaufenthalt während ihrer Ausbildung absolvieren.

Bildung bleibt unterfinanziert

Auch wenn die Koalition aus Union und SPD sich zum Ziel bekennt, 10 % (des Bruttoinlandsprodukts) für Bildung und Forschung zu verwenden und die Bildungsanstrengungen

GEW Hauptvorstand
Organisationsbereich
Berufliche Bildung
und Weiterbildung

Reifenberger Str. 21
60489 Frankfurt a. M.

Verantwortlich:

Leiter
Ansgar Klinger
069/78973-325
ansgar.klinger@gew.de

Referent
Arnfried Gläser
069/78973-319
arnfried.glaeser@gew.de

Vorstandsteams:

Bundesfachgruppen-
ausschuss
Gewerbliche Schulen

Ralf Becker
06142/838880
r.becker.gew@gmx.de

Dagmar Heinisch-
Weiser
0331/ 964476
heinisch-weiser@t-online.de

Bundesfachgruppen-
ausschuss
Kaufmännische
Schulen

Gudrun Biehl
0621/504400910
gudrun.biehl@gew-rlp.de

Christina Kunze
030/902276814
kunzmans@t-online.de

Britta Delique
0441/592203
britta@delique.net

zu verstärken (S. 26), will sie für die außeruniversitäre Forschungsförderung zusätzlich drei Milliarden aufwenden und die Länder und Kommunen für den Ausbau von Kinderkrippen, -tagesstätten, Schulen sowie Hochschulen in der Legislaturperiode mit insgesamt sechs Milliarden Euro entlasten (S. 88f.). Angesichts des drängenden Investitionsbedarfs im brachliegenden Bildungswesen ist dies zwar ein Schritt in die richtige Richtung, reicht aber erkennbar bei weitem nicht aus. Das Steuerkonzept der GEW erweist sich nach wie vor als Alternative, um eine angemessene öffentliche Infrastruktur einzurichten, zu der auch ein funktionsfähiges Bildungswesen gehört.

Ausbildungsverträge im dualen System: Tiefstand seit 1991

Mit 530.000 neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen und einem Rückgang von 3,7 % gegenüber dem Vorjahr ist deutschlandweit ein Tiefstand seit der deutsch-deutschen Einheit erreicht worden, während gleichzeitig sich das duale System einer international positiven Beachtung erfreut.

Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge vom 01.10.2012 bis zum 30.09.2013		
	Anzahl	Rückgang in %
Alte Länder	456.471	-3,4
Neue Länder und Berlin	74.244	-5,9
Deutschland	530.715	-3,7

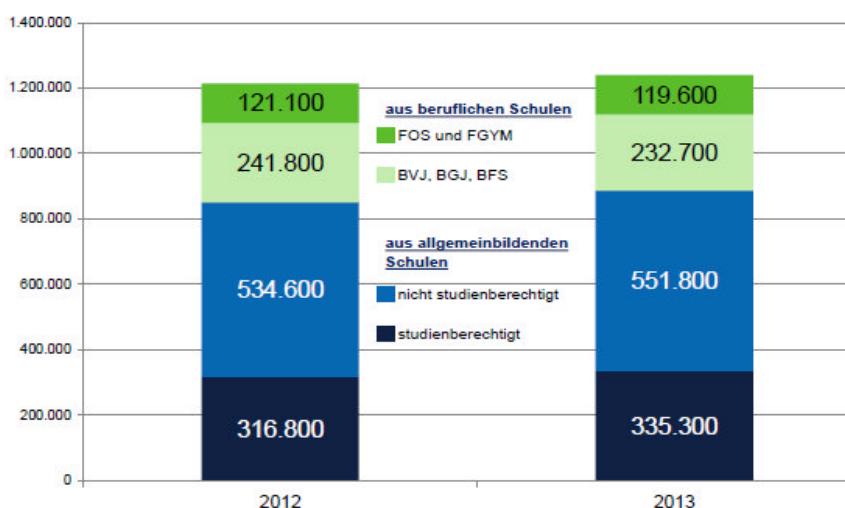
Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30.09.2013

Die für den Rückgang der Vertragszahlen häufig herangeführte Begründung einer zu schwachen wirtschaftlichen Entwicklung sowie der demographischen Entwicklung, ausgedrückt in den Zahlen der Schulabgänger/innen, können

für das Jahr 2013 nicht zutreffen (s. Schaubild). Das BIBB benennt statt dessen „zunehmende Passungsprobleme“, da einerseits Jugendlichen mit höheren Schulabschlüssen mehr Alternativen zur Verfügung stehen und andererseits Betriebe sich nur begrenzt bereit zeigen, Jugendliche mit niedrigen Schulabschlüssen auszubilden.

Schaubild: Schulabgänger/innen aus allgemeinbildenden und beruflichen Schulen

(Quelle: BIBB-Datenreport 2013 ; BIBB-Präsentation am 12.12.2013)



Insgesamt folgt die Entwicklung des Ausbildungsgeschehens einem internationalen Trend der Akademisierung der Bildung und gleichzeitig – denkt man beispielsweise an die stark wachsenden Dualen Studiengänge - auch einem Trend der Verberuflichung der Hochschulbildung.

Die Bundesfachgruppen sehen die hiermit ver-

bundenen Herausforderungen der dualen Berufsbildung als bewältigbar an, sofern Folgendes gelingt:

- Einerseits sind die schwächeren Schulabsolventen so zu qualifizieren, dass sie angemessen am gesellschaftlichen Leben und Wohlstand teilhaben. Mit der Ausbildungsgarantie, für die sich die GEW einsetzt und die mittlerweile als Begriff im Koalitionsvertrag verankert ist, und mit dem vom DGB eingeforderten Mindestlohn wird der hierzu erforderliche Weg beschritten.
- Andererseits ist die berufliche Bildung auch für leistungsstärkere Schulabsolventen als attraktive und gleichwertige Alternative gegenüber einem unmittelbaren Weg zum Studium zu gestalten. **Hier sind die Arbeitgeber gefordert.**

GEW Hauptvorstand
Organisationsbereich
Berufliche Bildung
und Weiterbildung

Reifenberger Str. 21
60489 Frankfurt a. M.

Verantwortlich:

Leiter
Ansgar Klinger
069/78973-325
ansgar.klinger@gew.de

Referent
Arnfried Gläser
069/78973-319
arnfried.glaeser@gew.de

Vorstandsteams:

Bundesfachgruppen-
ausschuss
Gewerbliche Schulen

Ralf Becker
06142/838880
r.becker.gew@gmx.de

Dagmar Heinisch-Weiser
0331/ 964476
heinisch-weiser@t-online.de

Bundesfachgruppen-
ausschuss
Kaufmännische
Schulen

Gudrun Biehl
0621/504400910
gudrun.biehl@gew-rlp.de

Christina Kunze
030/902276814
kunzmans@t-online.de

Britta Delique
0441/592203
britta@delique.net